

**Wahrung der Menschenwürde von Kindern und älteren Menschen ist ein Grundgesetzgebot**

**Der 24. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:**

**Die IG Metall wird sich dafür einsetzen, dass das Grundgesetz um einen Artikel ergänzt wird, der die Wahrung der Menschenwürde von Kindern und älteren Menschen zu einem Staatsziel erklärt.**

Das kann mit einer Ergänzung des Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz; Diskriminierungsverbote) durch einen **Artikel 3a** geschehen:

**Der Staat bekennt sich ausdrücklich zur Wahrung der Menschenwürde von Kindern und älteren Bürgerinnen und Bürgern.  
Er fördert ihre Rechte und schützt sie vor materieller und psychischer Not.**

**Kinder- und Altersarmut im reichsten Land Europas – Es ist höchste Zeit, diesen Skandal zu beenden!**

**Die Würde des Menschen ist unantastbar!**

So verlangt es unser Grundgesetz. Aber die Realität sieht anders aus: 20 % aller Kinder leben in Armut.

Aus Gesundheit, Pflege und Altersvorsorge zieht sich der Staat zurück und überlässt die Daseinsvorsorge zunehmend gewinnorientierten Unternehmen. Ein wachsender Niedriglohnsektor bringt immer mehr Menschen um ihre Zukunftschancen und Perspektiven für ein Leben in Würde.

**Vielen Millionen droht deshalb Altersarmut.**

Alte Menschen werden als ‚nutzlos‘ betrachtet. Ihnen wird vorgeworfen, auf Kosten der Jungen zu leben. Die gesetzliche Altersversorgung wird weiter demontiert. Stattdessen wird die Versicherungswirtschaft bedient.

**Aber der Staat darf die Verantwortung für Chancengleichheit bei Heranwachsen und Bildung, bei Gesundheit, Pflege und einer würdigen Versorgung der älteren Menschen nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen!**

Es ist höchste Zeit, dass die Grundwerte des Humanismus wieder zum Leitbild staatlichen Handelns werden. Nicht nur Reichtum und Eigentum müssen grundgesetzlich geschützt werden, sondern in erster Linie Menschen. Deshalb fordern wir:

**„Kinder- und Altenrechte gehören gleichberechtigt in das Grundgesetz“**

Die Versorgung der älteren Menschen ist eine Pflicht der gesamten Gesellschaft. Deshalb beschreiben wir hier die Eckpunkte

## für einen neuen **Solidarischen Generationenvertrag:**

### **1. „Altersarmut verhindern“:**

Im Alter von Sozialhilfe leben zu müssen, widerspricht der Forderung des Grundgesetzes nach einem würdigen Leben aller Menschen einschließlich der Teilhabe am sozialen Leben. Deshalb fordern wir auch für Menschen, die zu wenig Rentenpunkte erwirtschaftet haben, eine

**Mindestrente oberhalb der Armutsschwelle (aktuell: 1.050 €)!**

### **2. „Lebensstandard im Alter sichern“:**

Wer 30 Jahre und mehr an der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums mitgearbeitet hat, muss im Alter besser als nur an der Armutsgrenze versorgt werden. Wir fordern für den Durchschnittsrentner eine

**Rentenhöhe von mindestens 75% der erarbeiteten Nettolöhne (Nettoersatzquote)!**

### **3. „Gerechtigkeit in der Altersversorgung herstellen“:**

Beitragsbemessungsgrenze, Versicherungsfreigrenze und die staatliche Versorgung von Beamten und Politikern entbinden große Bevölkerungsteile und Einkommen, sich anteilig an der allgemeinen Verpflichtung zur Versorgung der älteren Menschen zu beteiligen. Wir fordern, dass sich künftig alle Erwerbseinkommen an der Finanzierung der Altersversorgung der Menschen beteiligen (Erwerbstätigenversicherung):

**Beitragspflicht für alle Einkommen – Altersversorgung für alle nach fairen Regeln!**

### **4. „Rente erleben können“:**

Wer lange hart arbeitet und mit wenig Geld lebt, stirbt früher, aber jeder muss eine Chance auf einen angemessenen Lebensabend haben. Niemand darf durch willkürliche Abschläge gezwungen werden, länger arbeiten zu müssen, als er kann oder als es ihm gut tut. Wer vor der Regelaltersgrenze in Rente geht, zahlt bereits weniger Beiträge und erhält ohnehin eine geringere Rente. Deshalb fordern wir:

**Recht auf Rente ab 60 ohne Abschläge nach 40 Versicherungsjahren!**

### **5. „Fehler der Vergangenheit korrigieren“:**

Eine Sozialpolitik, die viele diskriminierende, unwürdige und armutsfördernde Gesetze in die Welt gesetzt hat, muss endlich Korrekturen einleiten.

**Diskriminierende und armutsfördernde Gesetze beseitigen oder korrigieren!**

Stichworte: Beseitigung von Doppelverbeitragung; Ungleichbehandlung bei Erziehungsrentenpunkten; Verschlechterungen der Hinterbliebenen- und Erwerbsminderungsrenten; Zwangsverrentung von Hartz IV-Empfängern; Verzögerung der Ost-/West-Angleichung der Renten; Nachgelagerte Besteuerungen; ...

**Der Schutz für Kinder und ältere Menschen gehört in das Grundgesetz.**

**Renten von mindestens 1.050 € dürfen kein Almosen sein, sondern Anerkennung für gesellschaftliche Leistung!**